

Geppert, Dominik; Hacke, Jens (Hrsg.): *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008. ISBN: 978-3-525-36758-2; 292 S.

**Rezensiert von:** Nikolai Wehrs, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Der Band bündelt die Vorträge einer Tagung an der Humboldt-Universität zu Berlin vom Oktober 2007<sup>1</sup>, auf der Forschungsergebnisse zur „intellectual history“ der alten Bundesrepublik präsentiert wurden. Diesem seit einiger Zeit florierenden Forschungszweig ist es gelungen, hinter allzu geradlinige Narrative einer westdeutschen „success story“ manche Fragezeichen zu setzen. War die Bonner Republik unter politik- und sozialgeschichtlichen Gesichtspunkten unzweifelhaft das stabilste und erfolgreichste Staatsgebilde der neueren deutschen Geschichte, so zwingt die geistesgeschichtliche Perspektive die Frage auf, warum gerade dieser Staat immer wieder derart intensiver Kritik seiner intellektuellen Eliten ausgesetzt war.

Die Beiträge des Sammelbandes suchen Antworten auf diese Frage, indem sie die politisch-intellektuellen Kontroversen der Bundesrepublik im Hinblick auf das „Staatsverständnis“ der beteiligten Intellektuellen unter die Lupe nehmen. Dominik Geppert und Jens Hacke, die Herausgeber des Bandes, geben in ihrer Einleitung die These vor, dass es den „kritischen Intellektuellen“ als verbreitetes Rollenmodell in der Bundesrepublik überhaupt erst seit den 1960er-Jahren gegeben habe. Dem liegt eine Definition zugrunde, die unter „Intellektuellen“ politisch engagierte Bürger versteht, welche zu zentralen gesellschaftspolitischen Fragen auch dann öffentlich Stellung nehmen, wenn sie außerhalb ihrer fachlichen Zuständigkeit liegen – Intellektuelle setzen die „inkompetente Kritik“ in ihr Recht. Westdeutsche Intellektuelle mussten hierfür zunächst, so Geppert und Hacke, ihre apolitische Position der Trennung

von „Geist“ und „Macht“ überwinden und die Praxis öffentlicher Gesellschaftskritik quasi von Null an einüben. Eine Antwort auf die oben skizzierte Fragestellung könnte also lauten: Mit der Staatsgründung von 1949 war der politisch-institutionelle Prozess dem geistigen vorangeeilt. Die „intellektuelle Gründung“ der Bundesrepublik musste in einem mühsamen Selbstverständigungsprozess nachgeholt werden, in dem sich die westdeutschen Intellektuellen im Wechselspiel von radikaler Kritik und Affirmation zur inneren Akzeptanz ihres Gemeinwesens durchdrangen – eine Art „Selbstanerkennung“ der Bundesrepublik durch intellektuelle Infragestellung.<sup>2</sup>

Angestoßen wurde dieser Selbstverständigungsprozess Anfang der 1960er-Jahre von linken Intellektuellen. Auf die Vorbildwirkung französischer Linksintellektueller verweist Frank Bösch in seiner Darstellung der Rolle der Gruppe 47 in der „Spiegel“-Affäre 1962. Mit ihrem überraschend radikalen Protest hätten die Schriftsteller „eine Art Sog“ erzeugt, in dessen Folge sich jeder der Staatskritik anschließen musste, der zum Kreis der Intellektuellen dazugehören wollte (S. 101). Dominik Geppert argumentiert überzeugend, dass für die Gruppe 47 das „Politische“ weitaus stärker konstituierend gewesen sei als ein literarisches Programm. Ihr gemeinsamer politischer Nenner, ein eher unbestimmtes „Linkssein“, zerschellte jedoch Ende der 1960er-Jahre unter den Wogen der Studentenbewegung. Geppert würdigt jene Schriftsteller, die nicht mit der radikalen Staatskritik der 68er-Studenten sympathisierten, sondern sich mit ihrer Parteinahme für die regierende SPD zwischen viele Stühle setzten. Bei ihnen sieht er den eigentlichen intellektuellen Traditionsbruch.

Nicht in allen Beiträgen des Bandes ist die Sympathie für Linksintellektuelle besonders ausgeprägt. Joachim Scholtyseck etwa wirft ihnen eine „defätistische Stimmung“ gegenüber der SED-Diktatur vor (S. 82). Für Hans Jörg Hennecke verdankt die Bundesrepublik

<sup>1</sup>Saskia Kühn / Susanne Kirchoff: Tagungsbericht zu: Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980. 11.10.2007-13.10.2007, Berlin. In: H-Soz-u-Kult, 01.02.2008, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1854>> (26.03.2009).

<sup>2</sup>Vgl. auch Clemens Albrecht u.a., Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main 1999; Jens Hacke, Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, Göttingen 2006.

---

ihren Stabilisierungserfolg „Leitentscheidungen“, die glücklicherweise gegen die Mehrzahl der Intellektuellen getroffen worden seien (S. 40). Bemerkenswert kritisch ist auch Wolfgang Kraushaar in seiner Bewertung der Proteste gegen die Notstandsgesetze: eher eine Blamage als ein Ruhmesblatt sei dieses Kapitel der Geschichte. Zumindest dem harten Kern der 68er-Bewegung seien die Proteste vor allem ein Vehikel für „revolutionäre Absichten“ gewesen (S. 146). Warum auch Hannah Arendt den linksintellektuellen Aufbruch der 1960er-Jahre mit ambivalenten Gefühlen begleitete, zeigt Helmut König am Beispiel ihrer Auseinandersetzung mit Hans Magnus Enzensberger über den Eichmann-Prozess. So sehr Arendt es begrüßte, dass jüngere Intellektuelle die NS-Vergangenheit reflektierten, so sensibel registrierte sie jedes Anzeichen von Eskapismus – hier nun in Form vor-eiligen Generalisierens und Theoretisierens. Wenn Enzensberger den Genozid an den europäischen Juden mit der nuklearen Bedrohung im Kalten Krieg überblendete und Hiroshima „die Gegenwart und Zukunft von Auschwitz“ nannte, sah Arendt das Spezifische der NS-Verbrechen wieder „in der Sauce des Allgemeinen“ untergehen.

Die zentrale Rolle der „Neuen Linken“ in der „intellectual history“ der Bundesrepublik beweist aber auch der Blick auf die Gegenseite. Die staatspolitischen Reflexionen liberalkonservativer Intellektueller in den 1970er-Jahren blieben stets auf die linke Grundsatzkritik am Staat bezogen. Wie Riccardo Bavaj schildert, verorteten sich viele prominente Kritiker der „Neuen Linken“ bis 1968 selbst als Linksliberale. Karl Dietrich Bracher, Kurt Sontheimer und selbst Erwin K. Scheuch kritisierten aus der Perspektive des angelsächsischen Konsensliberalismus scharf die Diskrepanz zwischen liberaler politischer Ordnung und konservativer politischer Praxis in der Bundesrepublik, ehe sie angesichts der Studentenrevolte auf die Verteidigung des bestehenden Staates gegen eine vermeintliche Bedrohung durch radikale Linke umschalteten.

Die enge Verwobenheit linksintellektueller Kritik am Staat und liberalkonservativer Rechtfertigung des bundesrepublikanischen Staates betont auch Jens Hacke. Das Spätkapitalismus-Theorem von Jürgen Ha-

bermas und Claus Offe wertet Hacke als ein „Dokument sozialtheoretischer Reflexion, der sich die Wirklichkeit immer mehr entzog“ (S. 193). Die Tendenzwende-Schriften von Hermann Lübbe und anderen wirken auf ihn mit ihrem „Appell an Tugend und Sittlichkeit“ freilich auch eher unbeholfen (S. 200). Folgenreich war die „Tendenzwende“ jedoch insofern, als die „Neue Linke“ auf diese „neokonservative Systemopposition“ nun ihrerseits mit der Hinwendung zum liberaldemokratischen System unter dem Stichwort des „Verfassungspatriotismus“ reagierte (S. 201). Kaum nachvollziehbar ist heute die Dramatik der zeitgenössischen Situationsanalysen. Hacke nimmt als „basso continuo“ der Debatte eine unbefriedigte Sehnsucht nach emotionaler staatsbürgerlicher Identifikation wahr und deutet die Debatten um nationale Identität in den 1980er-Jahren vor diesem Hintergrund als logische Fortsetzung der Krisendiskurse der 1970er-Jahre.

Konstatiert werden muss für die 1970er-Jahre wohl eine gewisse Verselbstständigung der intellektuellen Gefechte bei zunehmender Ablösung vom realen gesellschaftlichen Geschehen. Die Beiträge des Bandes hinterlassen den Eindruck, dass sich die westdeutschen Intellektuellen neuen Problemkonstellationen der 1970er-Jahre eher selten zuwandten. Immerhin fragt Rüdiger Graf nach dem Stellenwert ökologischer Argumente im intellektuellen Konservativismus und sieht dessen Heterogenität durch seinen Befund bestätigt. Nur einige wenige „Öko-Konservative“ nahmen demzufolge das Umweltthema als originär „konservatives“ Anliegen auf. Bei den Tendenzwende-Intellektuellen sieht Graf dagegen eher eine Instrumentalisierung der ökologischen Welle.

Welchen Alldruck die Terrorismus- und „Sympathisanten“-Debatte auf die intellektuelle Linke ausübte, zeigt Jörg Requates Analyse des „Neuen deutschen Films“. Obwohl Fassbinder, Schlöndorff und Trotta den Terrorismus der RAF verurteilten, blieb der eigentliche Verursacher des Unrechts in ihren Filmen doch der Polizei- und Repressionsstaat. Von „Versöhnung mit dem Staat“ war hier also keine Rede (S. 258). Eine solche findet dagegen Klaus Naumann, wenn auch in dialektischer Form, ausgerechnet bei den „Blät-

tern für deutsche und internationale Politik“. Eine westintegrierte Bundesrepublik erschien (der NATO-Nachrüstung zum Trotz) einem Teil der (DDR-finanzierten) Redaktion in den 1980er-Jahren nicht mehr als die schlechteste aller Möglichkeiten. Naumann spricht von einer „stillschweigenden intellektuellen Transformation“ (S. 283), die schließlich in eine Art „Staatsanerkennung“ bei fortgesetzter Grundsatzkritik einmündete (S. 285). In dieser bemerkenswert ironisch-distanzierten „Selbshistorisierung“ (S. 271) reklamiert der ehemalige Redakteur der „Blätter“ für sich einen „Sonderweg nach Westen“ (S. 285).

Der „Streit um den Staat“ ist also vorerst für den Staat entschieden. Staatsbürgerliches Bewusstsein demonstrieren in ihrer Einleitung auch die Herausgeber und betonen die „neue Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft“ (S. 18). Das vereinigte Deutschland bleibe dabei „normativ auf die westdeutsche Geschichte nach 1945 angewiesen“; diese sei „in ihren Errungenschaften und Irrtümern gleichermaßen Identitätsressource und einzig mögliche Orientierungslinie“ (S. 13f.). Nun mag man sich noch andere Identitätsressourcen vorstellen als eine Nationalgeschichte. Doch braucht der Leser hehre Ansprüche nicht mitzubringen, um den Band als spannende und lehrreiche Lektüre zu empfinden. Einige Beiträge schließen breite Forschungsfelder auf; andere deuten an, wohin sich die „intellectual history“ der Bundesrepublik in nächster Zeit bewegen könnte. Ein Desiderat, das die Einleitung benennt, bleibt allerdings bestehen: die Frage nach der Breiten- und Öffentlichkeitswirkung der behandelten Intellektuellen-Debatten.

HistLit 2009-2-015 / Nikolai Wehrs über Geppert, Dominik; Hacke, Jens (Hrsg.): *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980*. Göttingen 2008, in: H-Soz-u-Kult 07.04.2009.